



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg 28/2003-2008 am
12.12.2006 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Anwesend:

- | | | |
|-----|----------------------|------------------------------|
| 1. | Bürgervorsteher | Joachim Süme |
| 2. | Gemeindevertreter/in | Doris Baum |
| 3. | " | Rotraut Bolte |
| 4. | " | Elisabeth von Bressensdorf |
| 5. | " | Folker Brocks (zu TOP 4) |
| 6. | " | Simone Brocks |
| 7. | " | Hans-Detlev Bruhn |
| 8. | " | Heinz-Georg Gülk |
| 9. | " | Gudrun Hohn |
| 10. | " | Karin Honerlah |
| 11. | " | Edda Lessing |
| 12. | " | Margitta Neumann |
| 13. | " | Horst Ostwald |
| 14. | " | Siegfried Ramcke |
| 15. | " | Frank Rauen |
| 16. | " | Detlef Reinke |
| 17. | " | Hans-Joachim Rösel |
| 18. | " | Clauss-Dieter Rommerskirchen |
| 19. | " | Reinhard Schaar |
| 20. | " | Carsten Schäfer |
| 21. | " | Jörg Schlömann |
| 22. | " | Kai Schmidt |
| 23. | " | Johann Schümann |
| 24. | " | Wilfried Wengler |
| 25. | " | Hans-Joachim Werner |

seitens der Gemeindeverwaltung

Bürgermeister Volker Dornquast
Petra Felker als Protokollführerin

entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter Mariano Córdova
Gemeindevertreterin Christiane Sülau



Bürgervorsteher Süme eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren der Gemeindevertretung und -verwaltung, die anwesenden Mitglieder des Seniorenbeirates, die erschienenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Zur heutigen Sitzung wurde fristgerecht und ordnungsgemäß unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen. Die Zeit, der Ort und die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung wurden rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht. Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Wengler namens der CDU-Fraktion, den **Tagesordnungspunkt 15** „Überarbeitung des Strukturplanes Ulzburg-Mitte - Antrag der CDU-Fraktion -“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da in der Angelegenheit noch fraktionsinterner Beratungsbedarf besteht.

Des Weiteren beantragt Herr Wengler seitens der CDU-Fraktion, den **Tagesordnungspunkt 4** „Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007“ am Ende der heutigen Sitzung zu behandeln, da der Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Brocks, aus beruflichen Gründen der Sitzung nicht von Beginn an beiwohnen kann.

Bürgervorsteher Süme berichtet, dass zu den heutigen **Tagesordnungspunkten 9** „Bebauungsplan Nr. 96 „Hofstelle Schacht - Kadener Chaussee (L 75) / Hamburger Straße (L 326)“, 3. Änderung und Ergänzung“ (ehemalige Hofstelle Birkenau) - Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung - Satzungsbeschluss -“ **und 10** „Grünordnungsplan zum Bebauungsplan Nr. 96 „Hofstelle Schacht - Kadener Chaussee (L 75) / Hamburger Straße (L 326)“, 1. Änderung - Beratung über die eingegangenen Anregungen - Abschließender Beschluss -“ die Beratungen im Umwelt- und Planungsausschuss nicht abgeschlossen werden konnten, da sich weiterer, fraktionsinterner Beratungsbedarf ergeben hat. Der Umwelt- und Planungsausschuss hat daher in seiner Sitzung 32/2003-2008 am 04.12.2006 beide Angelegenheiten einvernehmlich in die Fraktionen zurück verwiesen.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen daraufhin **einstimmig, die Tagesordnungspunkte 9, 10 und 15** von der heutigen Sitzung **abzusetzen** und über den Tagesordnungspunkt 4 (unter Beibehaltung der Nummerierung) am Ende der heutigen Sitzung, nach Tagesordnungspunkt 14, zu beraten.

Für die heutige Sitzung ergibt sich somit die nachfolgende

Tagesordnung:

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 27/2003-2008 am 28.11.2006**
3. **Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern**



4. **Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007** (*Beratung erfolgt am Ende der Sitzung, nach TOP 14*)
5. **Junge Familien**
6. **Bebauungsplan Nr. 9 (Ulzburg) „Baugebiet Nord“, 3. vereinfachte Änderung (nördlich Rugenbarg)**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
 - Satzungsbeschluss -
7. **Bebauungsplan Nr. 35 „Schulstraße“, 8. Änderung (Erweiterung DRK)“**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
 - Satzungsbeschluss -
8. **Bebauungsplan Nr. 72 „Trögenölk“, 4. vereinfachte Änderung (Nebenanlagen Trögenölk)**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
 - Satzungsbeschluss -
9. **abgesetzt**
10. **abgesetzt**
11. **Bebauungsplan Nr. 99 „Schule Ulzburg-Süd - Abschiedskoppel“, 2. vereinfachte Änderung (Gestaltungsfestsetzungen Grundschule)**
 - Aufstellungsbeschluss -
 - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
12. **Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“, 3. Änderung**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
 - Satzungsbeschluss -
13. **Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“, 4. vereinfachte Änderung (Traufhöhe Am Wittmoor)**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
 - Satzungsbeschluss -
14. **Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“, 3. Änderung**
15. **abgesetzt**
16. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**



Zu Punkt 1 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

**a) Verkehrliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an Hamburger Straße /
Einmündung neuer Verbrauchermarkt**

Eine im Arbeitskreis „Schulwegsicherung“ mitwirkende Einwohnerin fragt bezüglich der Verkehrsinsel, die als Querungshilfe an der Hamburger Straße, im Einmündungsbereich des dort im Bau befindlichen Verbrauchermarktes, errichtet wird an, aus welchem Grund die dort ursprünglich geplante und ihrer Meinung nach sinnvolle *farbige* Markierung, als Warnsignal für die Autofahrer, nun doch nicht im Rahmen eines Pilotprojektes angebracht werden soll. Sie ist der Meinung, dass die Kosten dafür im Zuge der ohnehin erforderlichen Bauarbeiten in dem Einmündungsbereich erheblich geringer ausfallen würden, als bei einer eventuellen späteren Realisierung.

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Herr Beck, weist diesbezüglich auf den der Verwaltung und den Mitgliedern der Gemeindevertretung vorliegenden Vorschlag des Seniorenbeirates mit dem Inhalt hin, dort *zusätzlich* zu der Verkehrsinsel eine farbige Markierung anzubringen, mit dem Ziel, die Sicherheit in dem prekären Einmündungsbereich zu erhöhen. Er sieht darin die Gelegenheit, diesbezüglich einen Anfang zu machen, dem entsprechende Maßnahmen in anderen Verkehrsbereichen folgen könnten.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass das Anbringen einer farbigen Markierung stets nur als Alternative zum Bau der Verkehrsinsel zur Diskussion stand. Das zuständige Straßenbauamt Itzehoe habe sich aus beiden Möglichkeiten für den Bau der Verkehrsinsel entschieden. Auch sei für eine derartige Maßnahme die Beschlussfassung in den gemeindlichen Gremien erforderlich, da dadurch ein Präjudiz geschaffen würde. Ein Rationalisierungseffekt hinsichtlich der Kosten kann nach Auffassung von Bürgermeister Dornquast nur bei gleichzeitiger Durchführung entsprechender Maßnahmen im gesamten Gemeindegebiet erreicht werden.

Herr Ostwald spricht sich dafür aus, über die Angelegenheit schnellstmöglich im Umwelt- und Planungsausschuss zu beraten, um noch rechtzeitig vor Abschluss der Baumaßnahme in dem betreffenden Bereich zu einer Entscheidung kommen zu können.

Herr Rauen hingegen sieht keinen Grund zur Eile. Seiner Meinung nach sollte, auch in Anbetracht der möglichen Kosten, in Ruhe in den Fraktionen über den Gesamtkomplex der Vorschläge des Seniorenbeirates zu möglichen verkehrlichen Maßnahmen beraten werden. Von der Schaffung eines Präjudizfalles sollte abgesehen werden.

Frau Honerlah befürwortet die Anbringung einer farbigen Markierung in dem v. g. Einmündungsbereich zusätzlich zu der Verkehrsinsel. Ihrer Meinung nach sollte jede Gelegenheit zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr ergriffen werden.



b) Englischunterricht für die 1. und 2. Grundschulklassen

Eine Einwohnerin fragt an, ob in Anbetracht der nach ihrer Kenntnis erfolgten zahlreichen Abmeldungen von Kindern vom angebotenen Englischunterricht die Maßnahme als Ganzes, unter Berücksichtigung der dafür entstehenden Kosten, überhaupt noch als gerechtfertigt erachtet wird.

Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass nach seinem Informationsstand der Englischunterricht in den 1. und 2. Grundschulklassen gut angelaufen ist und es nur eine geringfügige Anzahl an Abmeldungen gegeben hat. Er sagt zu, deren genaue Zahl zu ermitteln und die Mitglieder der gemeindlichen Gremien in Kürze darüber zu unterrichten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 27/2003-2008 am 28.11.2006“

Da die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 27/2003-2008 am 28.11.2006 den Mitgliedern der Gemeindevertretung erst zu Beginn der heutigen Sitzung zugegangen ist, kommen diese überein, die Beschlussfassung darüber auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern“

a) Weihnachtsbeleuchtung in Henstedt-Ulzburg

Herr Ostwald erkundigt sich nach dem Stand der mit der E.ON Hanse gemäß Vertrag über den Verkauf der Straßenbeleuchtung zu treffenden Sondervereinbarung bezüglich der Bereitstellung von Weihnachtsbeleuchtung für die Gemeinde.

Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass die diesbezüglichen Verhandlungen mit der E.ON Hanse im Oktober d. J. aufgenommen wurden. Jedoch sei zu diesem Zeitpunkt bereits kein Beleuchtungsmaterial nach den Vorstellungen der Verwaltung mehr lieferbar gewesen. Die Verwaltung sei daher zu der Entscheidung gelangt, in der diesjährigen Adventszeit lieber auf Weihnachtsbeleuchtung zu verzichten, als einen Kompromiss hinsichtlich der Art der Beleuchtungskörper einzugehen.

b) Auswirkungen des Eingriffs des Landes in den kommunalen Finanzausgleich auf die Gemeinde Henstedt-Ulzburg

Herr Wengler nimmt Bezug auf einen Pressebericht und zitiert eine darin enthaltene Aussage von Bürgermeister Dornquast in der Angelegenheit. In diesem Zusammenhang zählt er die seitens des Landes beabsichtigten Kompensationsmaßnahmen auf. Er fragt an, auf welche Weise die Gemeinde Henstedt-Ulzburg von dem Eingriff des Landes in den kommunalen Finanzausgleich betroffen ist und inwieweit sich die diesbezüglichen Kompensationsmaßnahmen auf die Gemeinde Henstedt-Ulzburg auswirken. Des Weiteren möchte er wissen, ob und in welcher Höhe diese Tatbestände in dem



heute zur Beschlussfassung anstehenden Haushalt für 2007 bereits Berücksichtigung gefunden haben.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass die Gemeinde Henstedt-Ulzburg im Haushaltsjahr 2007 zwischen 350.000 und 420.000 € weniger an Schlüsselzuweisungen erhalten wird. Er nennt die diesbezügliche Fundstelle im Vorbericht zu dem im Entwurf vorliegenden Haushalt 2007. Nach derzeitigem Kenntnisstand von Bürgermeister Dornquast werden die seitens des Landes geplanten Kompensationsmaßnahmen keine wesentlichen Auswirkungen auf die Gemeinde Henstedt-Ulzburg haben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007“

Gemäß Beschlussfassung der Gemeindevertretung zu Beginn der Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt (unter Beibehaltung der Nummerierung) an das Ende der Sitzung verschoben.

Siehe hinter Tagesordnungspunkt 15.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Junge Familien“

Siehe Vorlage.

Frau Bolte erläutert namens der CDU-Fraktion deren Gesamtkonzept zum Thema „Junge Familien“ und bittet die Mitglieder der Gemeindevertretung um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Herr Ostwald korrigiert die Verwaltungsvorlage auf Seite 1, letzter Absatz, dahingehend, dass die darin enthaltene Aussage „gegen die Stimmen der SPD“ nicht zutreffend sei. Vielmehr habe die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion auf Verminderung der Gebühren im letzten Kindergartenjahr um 50 % zugestimmt, nachdem ihr eigener Antrag auf vollständige Gebührenbefreiung im Kindergartenjahr vor der Einschulung zuvor abgelehnt worden war.

Herr Ostwald stellt namens der SPD-Fraktion den Antrag auf getrennte Abstimmung zu den einzelnen im Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgeführten Beschlüssen der Fachausschüsse und begründet diesen.

Frau Honerlah (namens der WHU-Fraktion) und Herr Rösel schließen sich dem vorgenannten Antrag von Herrn Ostwald an und nennen die Gründe dafür. Des Weiteren beantragen sie getrennte Abstimmung zu den einzelnen Unterpunkten der Ausschussbeschlüsse mit Ausnahme der Beschlüsse des Kultur- und Jugendausschusses.

Im weiteren Verlauf der Sitzung diskutieren die Mitglieder der Gemeindevertretung kontrovers über die Inhalte der einzelnen Anträge der CDU-Fraktion zum Thema „Junge Familien“ und tragen ihre unterschiedlichen Auffassungen dazu vor. Einigkeit besteht jedoch darüber, dass mit der heutigen Beschlussfassung dem Gesamtkomplex „Famili-



enpolitik“ nicht abschließend Rechnung getragen werden kann. Vielmehr sei darin eine Weiterentwicklung der diesbezüglichen Zielsetzungen zu sehen, deren stetige Fortsetzung, unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in der Gemeinde, Aufgabe aller Mitglieder der gemeindlichen Gremien ist.

Nach Abschluss der Beratungen erfolgt entsprechend den Anträgen der SPD-Fraktion, der WHU-Fraktion und von Herrn Rösel die getrennte Abstimmung zu den einzelnen Beschlüssen der Ausschüsse und deren Unterpunkten.

a) Beschlüsse des Kultur- und Jugendausschusses vom 10. Juli 2006:

Beschluss: Die Gemeindevertretung bestätigt die Beschlüsse

- des Kultur- und Jugendausschusses vom 10. Juli 2006, soweit diese nicht bereits Bestandteil der überarbeiteten Kindertageseinrichtungensatzung geworden sind, gemäß Vorlage.

Beschlussfassung: einstimmig

b) Beschlüsse des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses vom 24. August 2006, zu Ziffer 1) und 2) der Vorlage:

Beschluss: Die Gemeindevertretung bestätigt die Beschlüsse

- des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses vom 24. August 2006,
 - an die Eltern aller Neugeborenen einen Begrüßungsbrief zu senden mit aktuellen Informationen über die Kindertageseinrichtungen, die Tagesmutterbetreuung, den Ansprechpartner in der Verwaltung und die Vereine und Organisationen, die Angebote für diese Gruppe vorhalten,
 - einen Besuchsdienst bei den Eltern von Erstgeborenen einzurichten.

Beschlussfassung: einstimmig

c) Beschluss des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses vom 24. August 2006, zu Ziffer 3) der Vorlage:

Beschluss: Die Gemeindevertretung bestätigt den Beschluss

- des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses vom 24. August 2006,



- ein Gutscheineheft für Neugeborene herauszugeben, in dem ortsansässige Firmen Gutscheine herausgeben können, die Bezug zu den Neugeborenen haben. Die Gemeinde beteiligt sich mit einem Gutschein in Höhe von einmalig 120 Euro für den Besuch einer Kindertageseinrichtung.

Beschlussfassung: 22 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion ohne Herrn Bruhn, WHU-Fraktion)
1 Stimme dagegen (Herr Rösel)
1 Stimmenthaltung (Herr Bruhn)

d) Beschluss des Hauptausschusses, zu Ziffer 1) der Vorlage:

Beschluss: Die Gemeindevertretung bestätigt den Beschluss

- des Hauptausschusses,
 - auf der gemeindlichen Homepage ein spezielles Diskussionsforum zu schaffen, damit die Eltern ins Gespräch kommen können.

Beschlussfassung: 23 Stimmen dafür
1 Stimmenthaltung (Herr Bruhn)

e) Beschluss des Hauptausschusses, zu Ziffer 2) der Vorlage:

Beschluss: Die Gemeindevertretung bestätigt den Beschluss

- des Hauptausschusses,
 - ein Logo zu schaffen, durch welches am Ortseingang und auf den Briefumschlägen auf die besondere Kinder- und Familienfreundlichkeit hingewiesen wird.

Beschlussfassung: 17 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion ohne Herrn Bruhn und Herrn Werner)
6 Stimmen dagegen (WHU-Fraktion, Herr Bruhn, Herr Rösel)
1 Stimmenthaltung (Herr Werner)

f) Beschluss des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 27.11.2006, zu Ziffer 1) der Vorlage:

Beschluss: Die Gemeindevertretung bestätigt den Beschluss



Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 9 (Ulzburg) „Baugebiet Nord“, 3. vereinfachte Änderung“ (nördlich Rugenbarg)

- Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
- Satzungsbeschluss -

Siehe Vorlage.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 (Ulzburg) „Baugebiet Nord“ (nördlich Rugenbarg) vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: (Die in der Vorlage aufgeführte Behandlung der Bedenken und Anregungen ist Bestandteil dieses Beschlusses.)
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 92 der Landesbauordnung (LBO) in den jeweils gültigen Fassungen, beschließt die Gemeindevertretung die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 (Ulzburg) „Baugebiet Nord“ (nördlich Rugenbarg) für das Gebiet - nördlich der Straße Rugenbarg - südlich und westlich der Gemeindegrenze - östlich der Jahnstraße -, bestehend aus der Planzeichnung - Teil A - und dem Text - Teil B -, als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 (Ulzburg) „Baugebiet Nord“ (nördlich Rugenbarg) durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Öffnungszeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 35 „Schulstraße“, 8. Änderung (Erweiterung DRK)“

- Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
- Satzungsbeschluss -

Siehe Vorlage.



Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Schulstraße“ (Erweiterung DRK) vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: (Die in der Vorlage aufgeführte Behandlung der Bedenken und Anregungen ist Bestandteil dieses Beschlusses.)

Die Anregungen der AKN Eisenbahn AG werden in die Begründung aufgenommen. Der Hinweis bezüglich der Beteiligung der AKN Eisenbahn AG im Bauantragsverfahren wird zur Kenntnis genommen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 92 der Landesbauordnung (LBO) in den jeweils gültigen Fassungen, beschließt die Gemeindevertretung die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Schulstraße“ (Erweiterung DRK) für das Gebiet - südlich der Schulstraße - nördlich des Kunstrasenfeldes - östlich der Grundschule Ulzburg - westlich der AKN -, bestehend aus der Planzeichnung - Teil A - und dem Text - Teil B -, als Satzung.
3. Die geänderte Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Schulstraße“ (Erweiterung DRK) durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Öffnungszeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 72 „Trögenölk“, 4. vereinfachte Änderung“ (Nebenanlagen Trögenölk)

- Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
- Satzungsbeschluss -

Siehe Vorlage.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 „Trögenölk“ (Nebenanlagen Trögenölk) vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie



die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: (Die in der Vorlage aufgeführte Behandlung der Bedenken und Anregungen ist Bestandteil dieses Beschlusses.)

Die Hinweise des Kreises Segeberg zum Grundwasser- und Bodenschutz werden zur Kenntnis genommen und in die Begründung übernommen.

Die Anregungen des Kreises Segeberg zum Thema Naturschutz werden nicht berücksichtigt.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 92 der Landesbauordnung (LBO) in den jeweils gültigen Fassungen, beschließt die Gemeindevertretung die 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 „Trögenölk“ (Nebenanlagen Trögenölk) für das Gebiet - östlich der AKN-Trasse - südlich der verlegten Kadener Chaussee - westlich der Hamburger Straße - nördlich des Bebauungsplanes Nr. 71 „Nördlich Falkenstraße“ -, bestehend aus der Planzeichnung - Teil A - und dem Text - Teil B -, als Satzung.
3. Die geänderte Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss der 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 „Trögenölk“ (Nebenanlagen Trögenölk) durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Öffnungszeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 96 „Hofstelle Schacht - Kadener Chaussee (L 75) / Hamburger Straße (L 326)“, 3. Änderung und Ergänzung“ (ehemalige Hofstelle Birkenau)
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss -

Gemäß Beschlussfassung der Gemeindevertretung zu Beginn der Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt von der heutigen Sitzung abgesetzt.



Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

„Grünordnungsplan zum Bebauungsplan Nr. 96 „Hofstelle Schacht - Kadener Chaussee (L 75)/ Hamburger Straße (L 326)“, 1. Änderung“

- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Abschließender Beschluss -

Gemäß Beschlussfassung der Gemeindevertretung zu Beginn der Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt von der heutigen Sitzung abgesetzt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 99 „Schule Ulzburg-Süd - Abschiedskoppel“, 2. vereinfachte Änderung“ (Gestaltungsfestsetzungen Grundschule)

- Aufstellungsbeschluss -
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -

Siehe Vorlage.

Beschluss:

1. Für das Gebiet südlich der Abschiedskoppel- östlich der Bebauung an der Hamburger Straße - nördlich der Biotopfläche „Drögeneck“ - westlich der Bebauung Schwanenweg - wird die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 99 „Schule Ulzburg-Süd - Abschiedskoppel“ aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:
 - Aufhebung der gestalterischen Festsetzungen für den Bereich der Gemeinbedarfsfläche
2. Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch die Verwaltung.
3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung) wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
5. Die Entwürfe der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 99 „Schule Ulzburg-Süd - Abschiedskoppel“ für das Gebiet südlich der Abschiedskoppel- östlich der Bebauung an der Hamburger Straße - nördlich der Biotopfläche „Drögeneck“ - westlich der Bebauung Schwanenweg -, bestehend aus dem Text - Teil B - und der Begründung dazu - werden gebilligt.



6. Die Entwürfe der Planung und der Begründung sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB öffentlich auszulegen. Die beteiligten Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.
7. Für die Aufstellung dieser Bebauungsplanänderung sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB die Stellungnahmen der Behörden einzuholen. Der Planentwurf ist gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit den betroffenen Nachbargemeinden abzustimmen.
8. Die Verfahrensschritte zur Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB) und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) sind nach § 4a Abs. 2 Satz 1 BauGB gleichzeitig durchzuführen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

- „Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“, 3. Änderung“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -
- Satzungsbeschluss -

Frau Lessing erklärt sich zu diesem und dem nächsten Tagesordnungspunkt für befähigt und verlässt den Ratssaal.

Siehe Vorlage.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: (Die in der Vorlage aufgeführte Behandlung der Bedenken und Anregungen ist Bestandteil dieses Beschlusses.)

Der Hinweis des Kreises Segeberg zur Abwasser- und Abfallüberwachung wird in die Begründung übernommen.

Die Anregungen des Kreises Segeberg zum Thema Naturschutz werden nicht berücksichtigt.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 92 der Landesbauordnung (LBO) in den jeweils gültigen Fassungen, beschließt die Gemeindevertretung die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ für das Gebiet - öst-



lich der Straße Am Wittmoor - nördlich des Waldes - südlich der Wilstedter Straße - westlich der Bebauung Wilstedter Straße Nr. 148 und Nr. 150 - im Ortsteil Henstedt-Rhen -, bestehend aus der Planzeichnung - Teil A - und dem Text - Teil B -, als Satzung.

- 3. Die geänderte Begründung wird gebilligt.**
- 4. Der Beschluss der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Öffnungszeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.**

Beschlussfassung: 18 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Rösel)
5 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion)

Frau Lessing war während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Ratssaal anwesend.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“, 4. vereinfachte Änderung (Traufhöhe Am Wittmoor)“

- Beratung über die eingegangenen Anregungen der öffentlichen Auslegung -**
- Satzungsbeschluss -**

Siehe Vorlage.

- 1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: (Die in der Vorlage aufgeführte Behandlung der Bedenken und Anregungen ist Bestandteil dieses Beschlusses.)**

Der Hinweis des Kreises Segeberg zu „Grundwasser- und Bodenschutz“ wird in der Begründung berücksichtigt.

- 2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 92 der Landesbauordnung (LBO) in den jeweils gültigen Fassungen, beschließt die Gemeindevertretung die 4. vereinfachte Änderung des Bebau-**



ungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ für das Gebiet nördlich der Schleswig-Holstein-Straße - östlich der Paracelsusklinik - südlich der Wilstedter Straße - westlich der Straße Am Wittmoor -, bestehend aus der Planzeichnung - Teil A - und dem Text - Teil B -, als Satzung.

3. Die geänderte Begründung wird gebilligt.

4. Der Beschluss der 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Öffnungszeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

**Beschlussfassung: 18 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Rösel)
5 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion)**

Frau Lessing war während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Ratssaal anwesend.

Im Anschluss an die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt bittet Bürgervorsteher Sümme Frau Lessing wieder in den Ratssaal und teilt ihr die Ergebnisse der Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 12 und 13 mit.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

„Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“, 3. Änderung“

Siehe Vorlage.

Beschluss: Die beiden Erschließungsstraßen (Stichstraßen) - als Abzweiger der Wilstedter Straße - im Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ erhalten den Straßennamen „Wittmoortwiete“.

**Beschlussfassung: 20 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Frau Neumann)
4 Stimmen dagegen (WHU-Fraktion ohne Frau Neumann, Herr Rösel)**



Zu Punkt 15 der Tagesordnung:
„Überarbeitung des Strukturplanes Ulzburg-Mitte“

Gemäß Beschlussfassung der Gemeindevertretung zu Beginn der Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt von der heutigen Sitzung abgesetzt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:
„Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007“

Gemäß Beschlussfassung der Gemeindevertretung zu Beginn der Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt (unter Beibehaltung der Nummerierung) an das Ende der Sitzung verschoben.

Siehe Vorlage und Tischvorlage vom 12.12.2006.

Herr Schlömann berichtet in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt. Dabei nennt und erläutert er die Eckdaten des vorliegenden Haushaltsentwurfs.

Während der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt erscheint der Gemeindevertreter und Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Brocks, im Ratssaal und nimmt im weiteren Verlauf an der Sitzung teil.

Frau Lessing teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem vorliegenden Entwurf des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2007 zustimmen wird. Gleichzeitig weist sie jedoch darauf hin, dass ihre Fraktion die anlässlich der Beratungen hierzu in den betreffenden Fachausschüssen vorgebrachten Einwendungen, insbesondere hinsichtlich der vom Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschlossenen Sperrvermerke, in vollem Umfang aufrecht erhält.

Anschließend erneuert sie namens der SPD-Fraktion den bereits im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gestellten Antrag auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 2.000 € zur Bezuschussung des Frauentreffpunktes Kaltenkirchen e. V. und begründet diesen nochmals. Sie appelliert eindringlich an die Mitglieder der CDU-Fraktion, diesem Antrag nunmehr zuzustimmen, und damit die unter dem heutigen Tagesordnungspunkt 5 bekundete Familienfreundlichkeit zu untermauern.

Herr Schäfer signalisiert ebenfalls die Zustimmung der WHU-Fraktion zu dem vorliegenden Haushaltsentwurf unter Aufrechterhaltung der von Seiten seiner Fraktion in den Fachausschüssen hierzu vorgebrachten Einwendungen.

Herr Rösel teilt mit, dass er dem Haushalt 2007 in der gegenwärtigen Form ebenfalls zustimmen wird. Die Priorität liegt für ihn in einem ausgeglichenen Haushalt, wengleich die von den Mitgliedern der FDP in den Fachausschüssen zu einigen Punkten vorgetragenen Einwände nach wie vor Bestand haben.

Im weiteren Verlauf der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen sich verschiedene Mitglieder der SPD-Fraktion, der WHU-Fraktion und Herr Rösel vehement für die Bereitstellung des seitens der SPD-Fraktion beantragten Zuschusses für den Frauentreffpunkt Kaltenkirchen e. V. aus. Mehrere Mitglieder der CDU-Fraktion bekräftigen



hierzu ihre *derzeitige* ablehnende Haltung und begründen diese unter Bezugnahme auf die bereits in den Ausschüssen gemachten Ausführungen in der Angelegenheit. Eine neuerliche diesbezügliche Entscheidung könne erst erfolgen, wenn die Vorlage des vom Frauentreffpunkt geforderten Finanzierungskonzeptes erfolgt sei. Des Weiteren sei das Ergebnis des derzeit beim Kreis Segeberg in der Überarbeitung befindlichen Beratungskonzeptes abzuwarten. Die Mitglieder der SPD-Fraktion befürchten hingegen, dass die geplante Neuregelung der Beratungsangebote auf Kreisebene auf den Haushalt 2007 keine Auswirkungen mehr haben wird.

Frau Hohn weist darauf hin, dass sich die Gemeinde Henstedt-Ulzburg derzeit, auch ohne den jetzt zur Diskussion stehenden Zuschuss von 2.000 € an den Frauentreffpunkt Kaltenkirchen, bereits über die Kreisumlage an den Kosten für die Beratungsstellen im Kreisgebiet beteiligt.

Frau Honerlah tritt erneut für den von der WHU-Fraktion in der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eingebrachten und dort abgelehnten Antrag ein, drei Positionen des Investitionsprogrammes 2006-2010, welche durchweg das Ziel von Energieeinsparungen verfolgen, aus dem Jahre 2008 in das Haushaltsjahr 2007 vorzuziehen. Herr Brocks sieht, mit Blick auf die Finanzlage der Gemeinde, dafür keine Notwendigkeit.

Auf Frage von Herrn Schäfer teilt Herr Ostwald mit, dass die Bemühungen der örtlichen SPD-Fraktion, bei den Mitgliedern der Kreistagsfraktion Fürsprache gegen die erfolgte Erhöhung der Kreisumlage zu erhalten, leider erfolglos geblieben sind.

Kritik übt er an der Vorgehensweise der CDU-Fraktion, erst während der Schlussberatung über den Haushalt 2007, in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 27.11.2006, die Liste der beantragten Sperrvermerke und diese zudem ausschließlich in mündlicher Form eingebracht zu haben. Des Weiteren wirft er den Mitgliedern der CDU-Fraktion vor, das Instrument des Sperrvermerks, wie bereits im vergangenen Jahr, zu missbrauchen und damit den Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit zu verletzen.

Herr Brocks verteidigt die Handlungsweise der CDU-Fraktion und begründet warum seine Fraktion diese aus finanzpolitischer Sicht für notwendig erachtet.

Nach Abschluss der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt wird zunächst über den **Antrag der SPD-Fraktion:**

„Die Gemeindevertretung möge beschließen, im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, unter Haushaltsstelle 47000.7*, einen Betrag von 2.000 € als Zuschuss für den Frauentreffpunkt Kaltenkirchen e. V. bereitzustellen.“**

abgestimmt.

Dieser wird mit 14 Stimmen (CDU-Fraktion)

bei 11 Stimmen dafür

abgelehnt.



Anschließend erfolgt die Beschlussfassung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß Vorlage.

Beschluss: **Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007 einschließlich aller Bestandteile und Anlagen unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse aus den Fachausschüssen gemäß Vorlage.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

a) Zu TOP 1 a); hier: Farbige Markierungen an Geh- und Radüberwegungen

Ein Einwohner weist, unter Bezugnahme auf die Aussagen der Verwaltung und von Herrn Rauen hinsichtlich der Vermeidung eines Präjudizes, darauf hin, dass an der Überwegung im Kreuzungsbereich Hamburger Straße/Am Bahnbogen ebenfalls unterschiedliche farbige Markierungen angebracht sind und erkundigt sich nach den Beweggründen dafür.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass dafür keine Sicherheits- sondern ausschließlich Gestaltungsaspekte eine Rolle gespielt haben.

Eine weitere Einwohnerin teilt mit, dass außerdem in der Lindenstraße ein farbig markierter Übergang in Form einer roten Pflasterung auf Straßenniveau vorhanden sei, welcher auch im „offiziellen“ Schulwegplan genannt werde.

Bürgermeister Dornquast kann dazu keine Angaben machen und sagt der Einwohnerin eine Überprüfung seitens der Verwaltung mit anschließender Stellungnahme zu.

b) Zu TOP 4; hier: Zuschuss an den Frauentreffpunkt Kaltenkirchen e. V.

Ein Einwohner fragt an, ob es konkrete Zahlen darüber gibt, wie viele Frauen den Frauentreffpunkt Kaltenkirchen in der Vergangenheit in Anspruch genommen haben. Des Weiteren bittet er die Mitglieder der CDU-Fraktion um nochmalige Begründung ihrer Entscheidung, die Bereitstellung des Zuschusses im Haushalt 2007 abzulehnen.

Die Vorsitzende des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses, Frau Neumann, kann die genaue Zahl der Beratungsfälle von Bürgerinnen aus Henstedt-Ulzburg aus dem Stehgreif nicht nennen. Nach ihrer Erinnerung lag deren Anzahl im Jahr 2005 zwischen 9 und 11 Personen.



Frau von Bressensdorf erklärt daraufhin nochmals, dass es sich bei der Entscheidung der CDU-Fraktion *nicht* um eine endgültige Ablehnung des Zuschusses sondern lediglich um eine zeitliche Verschiebung aus den unter Tagesordnungspunkt 4 genannten Gründen handele. Damit sei auf keinen Fall eine Wertung der vom Frauentreffpunkt geleisteten Arbeit verbunden.

Ein anderer Einwohner kann nicht nachvollziehen, dass die CDU-Fraktion sich bei Ihrer Entscheidung gegen die Bezuschussung des Frauentreffpunktes auf das beim Kreis Segeberg in der Überarbeitung befindliche Beratungskonzept beruft, in Kenntnis dessen, dass die Auswirkungen daraus im Jahr 2007 nicht eintreten werden.

Herr Brocks verdeutlicht nochmals, dass die Gemeinde Henstedt-Ulzburg bereits zum jetzigen Zeitpunkt sämtliche Beratungsstellen im Kreisgebiet durch die Kreisumlage mitfinanziert. Bei dem von der SPD-Fraktion beantragten Zuschuss für den Frauentreffpunkt Kaltenkirchen würde es sich mithin um eine zusätzliche, freiwillige Bereitstellung von Finanzmitteln handeln, über die seitens der Mitglieder der gemeindlichen Gremien in pflichtgemäßer Weise zu entscheiden sei.

Herr Ostwald teilt mit, dass die dem Frauentreffpunkt Kaltenkirchen seitens des Kreises zur Verfügung gestellten Finanzmittel nicht ausreichend seien, um die Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen. Der Frauentreffpunkt sei daher auf eine zusätzliche Bezuschussung durch die Kommunen angewiesen. Herr Ostwald erachtet es, mit Blick auf die Anzahl der dortigen Beratungsfälle aus Henstedt-Ulzburg, als (freiwillige) Verpflichtung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, den Zuschuss im gleichen Umfang der Vorjahre auch weiterhin zu gewähren.

c) Buslinie zur Paracelsus-Klinik

Ein Einwohner fragt an, ob eine Einstellung der Busverbindung zur Paracelsus-Klinik aus Kosten-Nutzen-Erwägungen geplant ist. Nach seiner Kenntnis nutzen nur wenige Fahrgäste die Linie und die Busse würden häufig zu Verkehrsbehinderungen in der Wilstedter Straße führen.

Bürgermeister Dornquast hält den Anschluss der Klinik an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Anbetracht der Tatsachen, dass es sich hierbei um einen personalstarken Arbeitgeber handelt und die Klinik des Weiteren regelmäßig von vielen Besucherinnen und Besuchern frequentiert wird, für angemessen. Die diesbezügliche vertragliche Vereinbarung mit dem Kreis Segeberg wurde daher für einen längeren Zeitraum abgeschlossen. Bürgermeister Dornquast gibt zu bedenken, dass keine ÖPNV-Maßnahme ohne Zuschüsse finanzierbar sei.



Nachdem keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern mehr gestellt werden, schließt Bürgervorsteher Süme die Sitzung.

gez. Joachim Süme
(Bürgervorsteher)

gez. Petra Felker
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)